

Vortrag der Agglomerationskommission (AKO) an den Stadtrat**Agglomerationskommission: Tätigkeitsbericht an den Stadtrat 2008****1. Einleitung**

Mit Beschluss vom 1. Juli 2004 hat der Stadtrat gestützt auf Art 76 GO und Art. 25 GRSR eine neunköpfige Agglomerationskommission (AKO) für die Legislatur 2005-2008 eingesetzt. Gemäss ihrem Auftrag ist die Kommission verpflichtet, dem Parlament mindestens einmal im Jahr einen Tätigkeitsbericht zu unterbreiten. Dieser Verpflichtung kommt die AKO mit dem vorliegenden Bericht für das Jahr 2008 nach. Da die Berichterstattung der Kommission im Stadtrat immer erst im Januar des nachfolgenden Jahrs erfolgt, wird der Tätigkeitsbericht für das letzte Jahr der Legislatur 2005-2008 bereits dem neugewählten Stadtrat unterbreitet.

2. Zusammensetzung

2008 hat der Stadtrat mit Michael Aebersold (für Andreas Zysset) und Dannie Jost (für Mario Imhof) zwei neue Mitglieder in die Agglomerationskommission gewählt. Am Ende des Berichtsjahrs und damit am Ende der Legislaturperiode gehörten ihr die folgenden neun Stadträtinnen und Stadträte an:

Michael Aebersold (SP, Wahl am 24. April 2008)

Lea Bill (JA!)

Manfred Blaser (SVP)

Jacqueline Gafner Wasem (FDP), Präsidentin

Beni Hirt (SP)

Natalie Imboden (GB)

Dannie Jost (FDP, Wahl am 14. Februar 2008)

Peter Künzler (GFL)

Ursula Marti (SP), Vizepräsidentin.

3. Auftrag der AKO

Gemäss Beschluss des Stadtrats vom 6. April 2006 hatte die Agglomerationskommission in der Legislatur 2005-2008 den folgenden Auftrag zu erfüllen:

Die Agglomerationskommission

- setzt sich ins Bild über das kantonale Agglomerationsprojekt und über entsprechende Aktivitäten des Bundes, allenfalls auch über andere Agglomerationsprojekte
- setzt sich ins Bild über laufende Geschäfte/Projekte, die die Agglomeration Bern betreffen
- tauscht sich mit dem Gemeinderat über die Agglomerationspolitik der Stadt Bern aus, kennt seine Haltung und seine Absichten und bringt dabei den Standpunkt des Stadtrats ein

- pflegt Kontakte zu anderen Parlamenten oder Akteuren in der Region und wo sinnvoll im Kanton (andere Städte), versucht eine gemeinsame Haltung zu entwickeln und leistet ihren Beitrag für Vertrauensbildung
- ist als vorberatende Kommission zuständig für Agglomerationsgeschäfte im engeren Sinn
- soll bei wichtigen Stadtratsgeschäften, welche die Agglomeration betreffen, zur Stellungnahme beigezogen werden
- nimmt bei Vernehmlassungen Stellung und vertritt dabei die Interessen des Stadtrates
- schlägt dem Stadtrat einzelne Aktivitäten vor und/oder kann Vorstösse zu Agglomerationsfragen einreichen
- kennt, konkretisiert und beurteilt die Instrumente (Einflussmöglichkeiten) des Stadtrats in der Agglomerationspolitik
- leitet ihre Erkenntnisse an den Stadtrat weiter, indem sie bei Bedarf, mindestens einmal im Jahr, über ihre Tätigkeit und zukünftige Schwerpunkte berichtet.

4. Sitzungen und Themen

Die AKO traf sich 2008 zu sechs Sitzungen und einem ganztägigen Workshop in Köniz. Wie in den Vorjahren nahmen Stadtpräsident Alex Tschäppät und Regula Buchmüller als Leiterin der Abteilung Stadtentwicklung regelmässig an den Sitzungen teil. Folgende Themen standen im Zentrum der Kommissionsarbeit:

Einführung Regionalkonferenz (RK) Bern-Mittelland

Auch 2008 bildete die Begleitung der Vorbereitungsarbeiten zur Einführung der RK Bern-Mittelland im Rahmen der kantonalen Agglomerationsstrategie SARZ einen Schwerpunkt der Kommissionstätigkeit. Der Regierungsrat setzte auf den 1. Januar 2008 die von den Stimmberechtigten beschlossenen Änderungen des Gemeindegesetzes und die beiden Verordnungen über die Regionalkonferenzen (RKV) und über das Geschäftsreglement für die Regionalkonferenzen (RKGV) in Kraft. Damit wurden die formellen Grundlagen für die Einführung der Regionalkonferenzen geschaffen und gleichzeitig das Verfahren für die Bildung von Regionalkonferenzen, deren Gebiete und die Einzelheiten bezüglich des Rechnungswesens geregelt. Am 1. Juli 2008 nahm in der Region Oberland-Ost die erste RK ihre operative Tätigkeit auf, nachdem die Stimmberechtigten im betreffenden Perimeter der Einführung am 24. Februar 2008 mit deutlichem Mehr zugestimmt hatten.

Der Zeitplan in der Region Bern-Mittelland mit ihren 101 Gemeinden sieht vor, dass die Stimmberechtigten am 17. Mai 2009 über die Einführung der RK befinden werden. Der Gemeinderat hat am 19. November 2008 beschlossen, den entsprechenden Antrag von „Bernplus-Stadt und Land gemeinsam“ an den Regierungsrat zur Durchführung der regionalen Abstimmung zu unterstützen. Die AKO hat sich im Zusammenhang mit der Einführung der RK intensiv mit den folgenden beiden Themen auseinandergesetzt:

- Geschäftsreglement RK Bern-Mittelland: Im Rahmen des Projekts Bernplus wurde zu Jahresbeginn ein Geschäftsreglement für die künftige RK ausgearbeitet und anschliessend in ein Vernehmlassungsverfahren geschickt. Auch die AKO beteiligte sich in Absprache mit dem Gemeinderat an der Vernehmlassung und verabschiedete am 13. März 2008 eine Stellungnahme, in der sie eine stärkere Vertretung der Stadt in der Geschäftsleitung wie auch in den RK-Kommissionen forderte. Zudem wies sie erneut auf die Problematik der kurzen Fristen im Zusammenhang mit dem Behördenreferendum hin und bat darum, dies bei der Ansetzung von Regionalversammlungen zu berücksichtigen.
- Zuständigkeit für die Ergreifung des Behördenreferendums: Das Gemeindegesetz bietet bekanntlich die Möglichkeit, die Zuständigkeit für Behördeninitiative und –referendum, die ohne

anderslautende Regelung auf Stufe Gemeinde bei den Exekutiven angesiedelt ist, im Rahmen des RK-Modells an die kommunalen Parlamente zu übertragen. Die AKO hat sich an drei Sitzungen ausführlich mit der Frage beschäftigt, ob eine Übertragung der Zuständigkeit an den Stadtrat sinnvoll und umsetzbar ist und ist gestützt auf umfangreiche rechtliche Abklärungen zur Auffassung gelangt, dass die Stadt Bern von dieser Möglichkeit Gebrauch machen soll. Sie hat deshalb am 22. Mai 2008 eine Kommissionsmotion eingereicht, mit der sie den Gemeinderat beauftragen will, den Stimmberechtigten zusammen mit der Vorlage über die Einführung der RK Bern-Mittelland eine entsprechende GO-Änderung zur Abstimmung zu unterbreiten. Der Gemeinderat hat dieses Anliegen aufgenommen und beantragt dem Stadtrat mit Beschluss vom 12. November 2008, die Motion erheblich zu erklären.

Vernehmlassungen

Zum Auftrag der AKO gehört es, bei Vernehmlassungen zu agglomerationspolitisch bedeutsamen Geschäften Stellung zu nehmen und dabei die Interessen des Stadtrats zu vertreten. Im Berichtsjahr hat sich die Kommission neben der Vernehmlassung zum Geschäftsreglement der RK an zwei weiteren Vernehmlassungsverfahren beteiligt:

- Kulturstrategie für den Kanton Bern: Im Januar 2008 schickte die kantonale Erziehungsdirektion den Konsultationsentwurf der neuen Kulturstrategie in die Vernehmlassung bei Städten und Gemeinden. Der Gemeinderat unterbreitete seine Stellungnahme auch der stadträtlichen Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK). An der betreffenden Kommissionssitzung nahm eine Delegation der AKO teil, die sich vorgängig ausführlich mit dem Entwurf befasst hatte. Die Delegation unterstützte auch aus agglomerationspolitischer Perspektive die zentralen Kritikpunkte der städtischen Stellungnahme (neue Kategorisierung der kulturellen Institutionen, Einbezug der kantonalen Mehrkosten ins revidierte FILAG, Missverhältnis zwischen dem kantonalen und dem städtischen Kulturförderungsbeitrag pro Kopf, ungenügende finanzielle Entlastung der Stadt).
- Projekt FILAG 2012: Am 15. Mai liess sich die AKO von Hans Arni, Leiter der städtischen Arbeitsgruppe FILAG 2012, über die Revision des kantonalen Finanz- und Lastenausgleichsgesetzes (FILAG) und das Vernehmlassungsverfahren zum entsprechenden regierungsrätlichen Bericht informieren. In der Kommission wurde in Übereinstimmung mit dem Gemeinderat kritisiert, dass die vorgesehene Abgeltung der Zentrumslasten ungenügend sei und die Bedürfnisse der Kernstädte zuwenig berücksichtigt würden. Auf die Einreichung einer eigenen Stellungnahme verzichtete die AKO, da die stadtberrische Haltung in der gemeinsamen Vernehmlassungsantwort der Städte Bern, Biel, Thun, Langenthal und Burgdorf ausreichend dargelegt wurde.

Verlängerung des Kommissionsmandats und Erarbeitung eines neuen Auftrags

Mit dem Ende der Legislatur 2005-2008 endet das ursprüngliche Mandat der Agglomerationskommission. Es ging deshalb im Berichtsjahr auch darum, die künftige Rolle der Kommission zu klären. Grundsätzlich war man sich in der Kommission einig, dass weiterhin ein Gremium des Stadtrats bestehen sollte, das sich aktiv mit der agglomerationspolitischen Entwicklung auf regionaler Ebene auseinandersetzt, die Interessen des Stadtrats einbringt und gegebenenfalls Aufgaben übernimmt, die sich aus der Einführung einer RK Bern-Mittelland ergeben. Die AKO hat deshalb am 24. Januar 2008 beschlossen, dass dem Stadtrat vorerst die Weiterführung der AKO als nicht ständige Kommission bis längstens zum Ende der Legislatur 2009-2012 respektive bis zur Einführung der RK Bern-Mittelland beantragt werden soll.

Die Präsidien der stadträtlichen Fraktionen stimmten diesem Vorschlag am 13. März 2008 grundsätzlich zu, lehnten aber einen Vorentscheid zur Schaffung einer ständigen Agglomerationskommission bereits im Rahmen des modifizierten Kommissionsauftrags ab. Man einigte sich

darauf, die Kommission vorerst als nicht ständige Kommission weiter zu führen und erst nach der Hälfte der kommenden Legislatur zu entscheiden, ob die Schaffung einer ständigen Kommission sinnvoll ist. Der Stadtrat hat dem entsprechenden Antrag der AKO am 20. November 2008 zugestimmt. Gleichzeitig verabschiedete er den Auftrag der AKO für die neue Legislatur. Dieser wurde ergänzt und legt unter anderem fest, dass sich die Kommission mit sämtlichen Fragen auseinandersetzt, die sich aus der allfälligen Einführung einer RK ergeben. Insbesondere wird die AKO beauftragt, ihre Überführung in eine ständige Sachkommission erneut zu prüfen und allenfalls eine entsprechende Stadtratsvorlage zu erarbeiten, falls die Stimmberechtigten am 17. Mai 2009 der Einführung der RK Bern-Mittelland tatsächlich zustimmen.

Berichterstattung und Planung

Die AKO hat am 4. Dezember 2008 den alljährlichen schriftlichen Bericht des Gemeinderats zur Agglomerationspolitik diskutiert, in dem die Exekutive die agglomerationspolitischen Schwerpunkte im Jahr 2008 aus ihrer Sicht darstellt. Der Gemeinderat informiert darin ausführlich über die Arbeiten im Zusammenhang mit der Einführung der RK Bern-Mittelland und stellt mit Genugtuung fest, dass die kleine Änderung des Kulturförderungsgesetzes, mit der das Vetorecht der Standortgemeinden von kulturellen Institutionen beim Abschluss der Subventionsverträge festgeschrieben wird, vom Grossen Rat im September 2008 ohne Gegenstimme verabschiedet wurde. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass die städtischen Anliegen bei der Revision des FILAG und des kantonalen Strassengesetzes nur in geringem Mass berücksichtigt wurden. Dieselben Kritikpunkte standen bereits im Zentrum der mündlichen Berichterstattung des Stadtpräsidenten an die AKO, die am 26. Juni 2008 stattgefunden hat.

Die AKO hat ihre Stellungnahme zum gemeinderätlichen Bericht an den Stadtrat am 4. Dezember 2008 zuhänden des Stadtrats verabschiedet. Dieser wird dem Parlament zusammen mit dem vorliegenden Tätigkeitsbericht der Agglomerationskommission unterbreitet, den die Kommission ebenfalls am 4. Dezember 2008 zusammen mit ihrem Arbeitsprogramm für das Jahr 2009 (siehe Beilage) genehmigt hat. Die thematischen Schwerpunkte liegen weiterhin in der Begleitung der Einführung RK Bern-Mittelland sowie in der Kontaktpflege und Informationsvermittlung zwischen den agglomerationspolitischen Akteuren in Stadt und Region. Stimmen Gemeinden und Stimmberechtigte der Einführung der RK Bern-Mittelland am 17. Mai 2009 zu, werden die notwendigen Massnahmen zur Umsetzung der stadträtlichen Zuständigkeit für Behördeninitiative und -referendum auf den 1. Januar 2010 ein zentrales Thema sein. Gemäss überarbeitetem Auftrag wird in diesem Fall auch die Umwandlung der AKO in eine ständige Kommission erneut zu prüfen sein.

5. Tagung in Köniz

Die alljährliche Herbsttagung der Kommission zur Agglomerationspolitik wurde 2008 im Schloss Köniz durchgeführt. Die AKO genoss damit zum zweiten Mal Gastrecht in einer Regionsgemeinde. Es nahmen rund 40 Personen an der Veranstaltung teil, darunter 20 Vertreterinnen und Vertreter der Parlamente aus den Gemeinden Worb, Köniz, Münchenbuchsee, Münsingen, Muri, Ostermundigen und Zollikofen. Im Vorfeld der Tagung hatte die AKO beschlossen, den Kreis der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu öffnen, deshalb befanden sich neben den Kommissionsmitgliedern erstmals auch einige Mitglieder des Stadtrats unter den Gästen. Bei den ebenfalls neu eingeladenen Parlamentssekretariaten der Regionsgemeinden stiess die Veranstaltung hingegen auf vergleichsweise geringes Interesse.

Nach der Begrüssung durch den Könizer Parlamentspräsidenten und die Präsidentin der AKO wurden die Teilnehmenden im Rahmen von drei Referaten über Themen informiert, die für Stadt

und Regionsgemeinden aus agglomerationspolitischer Sicht bedeutsam sind. Der aktuelle Stand der Umsetzung von SARZ wurde ebenso thematisiert wie die künftige kantonale Kulturstrategie und das interkantonale Städtenetz Bern-Thun-Freiburg-Solothurn, das den Grossraum Bern charakterisiert und ein grosses Entwicklungspotenzial besitzt. Am Nachmittag vertieften die Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus den Regionsgemeinden gemeinsam mit der AKO die Informationen aus den Referaten im Rahmen von Workshops, die durch Mitglieder der AKO moderiert wurden, und nutzten die Gelegenheit zur Pflege und Vertiefung der Kontakte, die seit 2005 geknüpft werden konnten. Detaillierte Informationen können der Kurzfassung des Tagungsberichts entnommen werden (siehe Beilage).

6. Fazit

Zwei zentrale Themen prägten die Tätigkeit der Agglomerationskommission im vergangenen Jahr: Einerseits ging es um die Weiterführung der Arbeiten im Zusammenhang mit der Einführung der RK Bern-Mittelland (Mitwirkung der Parlamente, Organisation der RK, Information), andererseits war die Frage der Verlängerung des Mandats der AKO und ihrem Auftrag für die Legislatur 2009-2012 zu klären. Gemäss Beschluss des Stadtrats vom 20. November 2008 wird die AKO ihre Arbeit auch in den nächsten Jahren weiterführen und sich insbesondere mit der Thematik RK Bern-Mittelland weiterhin intensiv befassen. Ein wichtiges Thema wird dabei die Umsetzung der Kommissionsmotion betreffend Übertragung der Zuständigkeit für Behördeninitiative und -referendum an den Stadtrat vom 22. Mai 2008 sein, sofern der Stadtrat der Überweisung des Vorstosses zustimmt.

Die Kontakte zu den wichtigen Akteuren in der Agglomerationspolitik (Kanton, regionale Gremien wie VRB, RKK und RVK) wurden auch 2008 weiter gepflegt und vertieft. Die Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat, mit Stadtpräsident und VRB-Präsident Alex Tschäppät und mit der Verwaltung (Abteilung Stadtentwicklung) gestaltete sich weiterhin unkompliziert und ist von gegenseitiger Offenheit und Transparenz geprägt. Auch die Beziehungen zu den Parlamenten der Agglomerationsgemeinden konnten im Rahmen der jährlichen Tagung weiter vertieft und in konstruktiver Art gepflegt werden.

7. Antrag

Der Stadtrat nimmt den Bericht der Agglomerationskommission für das Jahr 2008 in zustimmendem Sinn zur Kenntnis.

4. Dezember 2008

Agglomerationskommission

Beilagen:

- Arbeitsprogramm der AKO 2009
- Bericht zum Workshop 2008 (Kurzfassung)